

Presseaussendung

TTIP und ihre Auswirkungen auf Österreich

Der FIW Policy Brief Nr. 24 "TTIP und ihre Auswirkungen auf Österreich" von Univ.-Prof. Fritz Breuss ist als kostenloser Download unter <http://www.fiw.ac.at/index.php?id=462> erschienen.

Mit einem umfassenden und in der Öffentlichkeit höchst umstrittenen Handels- und Investitionsabkommen (TTIP) wollen die EU und die USA die größte Freihandelszone der Welt errichten und damit Wachstum und Beschäftigung stimulieren. Zwar prognostizieren alle bisherigen TTIP-Studien positive Handels-, Wohlfahrts- und Beschäftigungseffekte für beide Vertragsparteien (allerdings in ungleichem Ausmaß), doch treten diese nicht sofort ein, sondern erst sehr langfristig. Die TTIP ist daher zur Überwindung der gegenwärtigen Krise nicht geeignet. Die geschätzten Liberalisierungseffekte divergieren erheblich je nach Methode: Während allgemeine Gleichgewichtsmodelle (CGE-Modelle) sehr geringe Wohlfahrtseffekte ermitteln ($\frac{1}{2}\%$ bis 1% des BIP), versprechen Schätzungen mit Gravitationsmodellen außerordentlich hohe Gewinne (Steigerung der Realeinkommen in der EU um 5% und in den USA um 13,4%). Allerdings dürfte es zu starken (und politisch brisanten) Verlusten an Handel und Wohlfahrt in Drittstaaten (Handelsumlenkungen) kommen. Für Österreich wird eine langfristig realisierbare BIP- bzw. Wohlfahrtszunahme um 1,7% (CGE-Modell) bis 2,7% bzw. 2,9% (Gravitationsmodell) geschätzt. Das Inkrafttreten eines TTIP-Abkommens dürfte sich wegen vieler parlamentarischer Hürden (es handelt sich um ein gemischtes Abkommen) verzögern.

Die zahlreichen Studien zu den möglichen Auswirkungen von TTIP ergeben unterschiedliche Ergebnisse, je nach angewandter Methodik. Die Mehrzahl der Studien kommt zu positiven Ergebnissen für beide Partner des TTIP.

Im Wesentlichen werden die Liberalisierungseffekte von TTIP mit zwei Modelltypen geschätzt: zum einen mit numerischen allgemeinen Gleichgewichtsmodellen (CGE-Modelle) und zum anderen mit Gravitationsmodellen. Wenn ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA nur mit einem Zollabbau endet, sind die ökonomischen Effekte sehr bescheiden. Nur ein umfassendes TTIP-Abkommen (Zollabbau, Abbau aller noch bestehenden nicht-tarifären Handelshemmnisse – NTBs) würde den bilateralen Handel deutlich stimulieren und hätte für beide Volkswirtschaften – allerdings erst mittel- bis langfristig (weil der Abbau aller Handelshemmnisse nur allmählich erfolgt) – positive Impulse für das reale BIP und die Beschäftigung.

Während CGE-Modelle einen langfristigen Anstieg des realen BIP von $\frac{1}{2}\%$ bis 1% voraussagen, kommen Gravitationsmodelle (je nach Spezifikation) zu wesentlich höheren Werten.

Weitere Unterschiede der zahlreichen Studien gibt es in folgenden Bereichen:

- Studien im Auftrag der Europäischen Kommission sehen die EU eher als Gewinner; sonstige Studien – wie z. B. jene des ifo und der Bertelsmann-Stiftung sehen die USA als Gewinner.

-
- Laut Studien im Auftrag der Europäischen Kommission hat ein umfassendes TTIP-Abkommen sowohl positive Effekte auf die EU und die USA, aber auch auf alle Drittstaaten, weil angenommen wird, dass TTIP auch andere Staaten zu ähnlichen Liberalisierungsschritten animieren wird.

Sonstige Studien (ifo, Bertelsmann-Stiftung) sehen hingegen sowohl Gewinner (EU und USA) als auch Verlierer (Drittstaaten) sowohl im Handel, im Realeinkommen und in der Beschäftigung. Es gibt sogar Anzeichen, dass die Binnenmarktintegration durch TTIP abgeschwächt werden könnte, wenn durch TTIP der Intra-EU-Handel teilweise zurückgeht.

Wenn diese Ergebnisse richtig wären, würden sicherlich potente Drittstaaten (China, Japan, Indien aber auch Kanada) bei der WTO gegen TTIP klagen.

Österreich dürfte nach allen vorliegenden Studien von einem umfassenden TTIP-Abkommen profitieren, nicht so sehr direkt im Handel mit den USA, sondern vor allem indirekt über Zulieferungen an Deutschland. Allerdings schwanken – je nach Studie – die langfristigen BIP-Effekte für Österreich zwischen 0,10% bis 2,9%.

Eine große Hürde für den Abschluss eines TTIP-Abkommens ist die Unentschiedenheit der EU-Mitgliedstaaten bezüglich des vorgesehenen Investorenschutzes. Während die USA und 14 EU-Mitglieder einen solchen befürworten, sind andere EU-Mitglieder (z. B. Deutschland) unentschlossen bzw. dagegen.

Wien, am 20. November 2014

Rückfragen bitte am Freitag, dem 21. November 2014, von 16 bis 18 Uhr an

Fritz Breuss, Tel.: +43 1 798 26 01-220, E-Mail: Fritz.Breuss@wifo.ac.at

Das Kompetenzzentrum "Forschungsschwerpunkt Internationale Wirtschaft" (FIW) ist ein Projekt von drei Instituten – Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO), Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiv), Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Rechenzentrum (WSR) – im Auftrag des Bundesministeriums für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft (BMWF). Die Kooperationsvereinbarungen des FIW mit der Wirtschaftsuniversität Wien, der Universität Wien und der Johannes Kepler Universität Linz werden aus Hochschulraumstrukturmitteln gefördert. Das FIW bietet Zugang zu internationalen Außenwirtschafts-Datenbanken, eine Forschungsplattform und Informationen zu außenwirtschaftsrelevanten Themen.

Das FIW-Projekt veröffentlicht regelmäßig Policy Briefs zu aktuellen außenwirtschaftlichen Themen. In diesen Policy Briefs soll eine Aufbereitung aktueller, politikrelevanter Informationen stattfinden. Hierbei soll insbesondere auf die spezifische Situation Österreichs eingegangen werden.

Kontakt:

FIW-Projektbüro
Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung – WIFO
1030 Wien, Arsenal, Objekt 20
Telefon: (+43 1) 798 26 01-335
E-Mail: fiw-pb@fiw.at
Webseite: <http://www.fiw.at/>
